



FDP

Die Liberalen

Gemeinsame Eingabe der SVP und FDP Stadt Thun zur Überarbeitung des Integrationsleitbildes

Thun, 1. März 2018

Herr
Gemeinderat Roman Gimmel
Amt für Bildung, Sport und Kultur
Hofstettenstrasse 14
3602 Thun

Integrationsleitbild der Stadt Thun: Integrationspolitik nach dem Motto „fördern und fordern!“

Sehr geehrter Herr Gemeinderat

Vorab danken wir Ihnen, dass wir Gelegenheit erhalten, zur laufenden Überarbeitung des Integrationsleitbildes der Stadt Thun Stellung nehmen zu können. Mit vorliegendem Schreiben erlauben wir uns, unsere Positionen entsprechend einzubringen.

Grundsätzliches zur Integrationspolitik

In der Integrationspolitik muss der Grundsatz „fördern und fordern“ gelten, **d.h. es kann und muss von ausländischen Mitbürger/Innen erwartet werden, dass sie sich aktiv um die Integration in unsere Gesellschaft bemühen.** Davon hängt nicht zuletzt ihr eigener persönlicher und beruflicher Erfolg in der Schweiz ab. Wir erwarten, dass Ausländer/Innen rasch unsere Sprache lernen, sich mit unseren Werten und Gepflogenheiten vertraut machen und – was selbstverständlich sein sollte – unsere Gesetze und Bräuche respektieren. Unbestritten ist, dass auch wir, **d.h. der Staat und die Gesellschaft, ein grosses Interesse an einer gelungenen, raschen und vollständigen Integration unserer ausländischen Mitbürger/Innen haben.** Ausgehend vom oben genannten eigenverantwortlichen Handeln der Ausländer/Innen, kann und soll der Staat mit einem zweckmässigen und leicht zugänglichen Integrationsangebot die Bemühungen der Ausländer/Innen unterstützen und fördern. Dabei ist das staatliche Integrationsangebot nur im Gesamtkontext der anderen durch die öffentliche Hand wahrzunehmenden Aufgaben zu sehen (z.B. Bildung, Stadtentwicklung, weitere soziale Aufgaben, etc.). Daraus folgt, **dass mit den eingesetzten Mitteln (Finanzen, Personal) auch in diesem Bereich haushälterisch umzugehen ist** und ein aussagekräftiges Controlling in Bezug auf die gesetzten Ziele zu erfolgen hat. **Projekte sind daher regelmässig durch die politische Aufsicht, d.h. vorab durch den Gemeinderat, auf Effizienz und Effektivität zu überprüfen.** Dazukommt, dass das bestehende Integrationsangebot bereits heute viele Ressourcen, bspw. in der Volksschule, bindet. Einen weiteren Ausbau lehnen wir – mit Bezug auf die nachfolgenden Aussagen – ab. Schliesslich erwarten wir vom Gemeinderat, dass er prüft, wo und in welchem Umfang eine finanzielle Beteiligung der Nutzer/Innen an den zur Verfügung gestellten Angeboten sinnvoll und angemessen ist.

Wir fordern den Gemeinderat daher auf, das oben erwähnte **Prinzip des Förderns und Forderns im überarbeiteten Integrationsleitbild ausdrücklich zu verankern**, um klarzustellen, dass Integrationsbemühungen von Ausländer/Innen erwartet und vorausgesetzt werden – ohne entsprechenden Willen ist keine erfolgreiche Integration möglich.

Zu den einzelnen Massnahmen / Themengebieten:

1. Massnahmefeld 1: Aufwachsen und Lernen

In der Thuner Bildungslandschaft sind Integrationsangebote in ausreichender Anzahl vorhanden. **Eine bessere Bekanntmachung wird begrüsst, ein Ausbau ist nicht notwendig.** Ein weiterer Aufgabentransfer hin zur Volksschule lehnen wir ab. Die Ermöglichung heimatlicher Sprach- und Kulturkurse ist nicht Aufgabe der öffentlichen Hand.

2. Massnahmefeld 2: Bildung und Arbeit:

Die Begleitung und Unterstützung jugendlicher Migrant/Innen während der Ausbildung und im Hinblick auf den Berufseinstieg begrüssen wir. Dieses Angebot soll aber auch Jugendlichen ohne Migrationshintergrund offenstehen. Es bestehen bereits heute vielfältige Angebote im Hinblick auf die Unterstützung bei der Lehrstellensuche¹, ein Ausbau ist nicht notwendig. **Jedoch gilt es sicherzustellen, dass die verschiedenen Angebote untereinander optimal koordiniert und vernetzt sind und dass (ausländische) Jugendliche raschen Zugang, vorab über die Volksschule, erhalten.** Wünschenswert wäre es, die **lokale Wirtschaft stärker in die Bemühungen zu involvieren**, sind es doch letztendlich auch die KMU, welche durch ihr Lehrstellenangebot einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Integration von Jugendlichen leisten. **Wir fordern den Gemeinderat daher auf, die lokale Wirtschaft aktiv in den Prozess zu integrieren und auf ihre Bedürfnisse und Inputs einzugehen.** Schliesslich unterstützen wir die bessere Bekanntmachung der (bestehenden) Sprach- und Integrationskurse. **Personen mit ungenügenden Deutschkenntnissen sind zum Besuch dieser Kurse zu verpflichten.**

3. Massnahmefeld 3: Gesundheit und Bewegung

Wir begrüssen sämtliche Bemühungen des Gemeinderates, die zu einer Senkung der Gesundheitskosten führen. **Ebenfalls wird begrüsst, die Sportvereine als nicht zu unterschätzende Akteure im Bereich der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund stärker in den Integrationsprozess einzubeziehen.** Die SVP und FDP Stadt Thun haben sich nicht zuletzt auch aus diesem Grund stets für ein attraktives Angebot für den Breiten- und Nachwuchssport in unserer Stadt eingesetzt².

¹ vgl. Antwort des Gemeinderates vom 26.01.2018 auf das Postulat: P11/2017 betr. Unterstützung bei der Lehrstellensuche von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, S. 2 f., online verfügbar: <http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/Februar2018/TR9.pdf>

² vgl. u.a. Postulat P5/2016 betr. Fussball-Rasenfelder bei der Stockhorn-Arena für den Breitensport realisieren, online verfügbar: <http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/vorstoesse/P5-2016.pdf> und Interpellation 118/2017 betr. zeitgerechte Realisierung der Rasenfelder für den Breiten- und Nachwuchssport bei der Stockhorn-Arena, online verfügbar: http://www.thun.ch/fileadmin/behoerden/stadtrat/media/pdf/August2017/Wortlaut_I_18-2017.pdf.

4. Massnahmefeld 4: Information und Kommunikation

Wir unterstützen – wie bereits mehrfach festgehalten – eine verstärkte Kommunikation des bestehenden Integrationsangebotes der Stadt Thun. Die Arbeit des KIO und der Fachstelle Integration ist laufend auf Effizienz und Effektivität zu überprüfen. **Wir erwarten auch in diesem Bereich einen zweckmässigen, effektiven und effizienten Umgang mit öffentlichen Geldern.**

5. Massnahmefeld 5: Zusammenleben und Mitmachen

Massnahmen im Integrationsleitbild zum Erhalt bzw. zur Verbesserung der Lebensqualität in den Wohngebieten erachten wir als an der falschen Stelle angesiedelt, da diese Massnahmen sämtliche Bürger/Innen dieser Stadt – nicht nur Migrant/Innen – betreffen. Diese Massnahmen sind daher zu streichen. **Präventions-, aber auch Repressionsmassnahmen betreffend religionsbezogener Radikalisierung sind mit hoher Priorität zu definieren, zu ergreifen und durchzusetzen.** Insbesondere muss der Gemeinderat wissen, welche Inhalte in den religiösen Glaubenszentren auf Thuner Boden gepredigt werden, um allfälligen Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegenwirken zu können.

Wir danken Ihnen an dieser Stelle für Ihre Bemühungen und Ihre Kenntnisnahme. SVP und FDP Thun werden die Arbeiten im Rahmen der Überarbeitung des Integrationsleitbildes weiterhin aktiv verfolgen und sowohl als Parteien wie auch in den Kommissions- und Ratsarbeiten entsprechend Einfluss nehmen.

Freundliche Grüsse

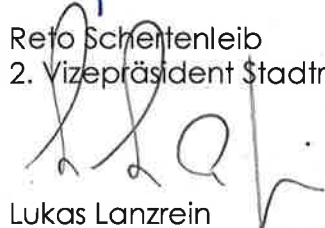
Für die SVP Stadt Thun:



Philipp Deriaz
Präsident SVP Thun, Stadtrat



Reto Schertenleib
2. Vizepräsident Stadtrat



Lukas Lanzrein
Fraktionspräsident SVP/FDP, Stadtrat

Für die FDP Stadt Thun:



Mark van Wijk
Vizepräsident FDP Thun, Stadtrat



Hanspeter Aellig
Geschäftsleitungsmitglied, Stadtrat



Serge Lanz
Vizefraktionspräsident, Stadtrat

Zur Kenntnisnahme an:

- den Gesamtgemeinderat der Stadt Thun
- Fachstelle Integration der Stadt Thun